

## Eidgenössische Abstimmung vom 27. September 2026

### 1. Volksinitiative „Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)“

**NEIN**

Die Initiative will die bewährte Neutralität der Schweiz in der Verfassung plötzlich neu definieren und in ein starres Korsett zwingen. Dies würde die Handlungsfähigkeit der Schweiz erheblich einschränken und der Schweiz erschweren, ihre Interessen wahrzunehmen. Die Initiative verlangt, dass die Schweiz bei Völkerrechtsverletzungen keine Sanktionen mehr - ausser Uno-Sanktionen - gegen Aggressoren, wie etwa Russland, ergreifen kann. Zudem will sie die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Schweiz mit Verteidigungsbündnissen wie die Nato einschränken, es sei denn die Schweiz werde angegriffen. Dies würde die Ausbildung und Verteidigungsfähigkeit unserer Armee für den Ernstfall erheblich schwächen.

Die Neutralität der Schweiz ist in der Bundesverfassung verankert. Sie ist international anerkannt und völkerrechtlich abgesichert. Seit über 200 Jahren schützt sie die Schweiz vor Krieg und Elend. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative daher klar ab, denn die Neutralitätspraxis seit 1848 hat sich bewährt und gibt den nötigen Handelsspielraum. Die Neutralität war nie ein starres, unveränderliches Prinzip. Sogar im 1951, im allertiefsten Kalten Krieg, beteiligte sich die Schweiz an Sanktionen. Die weltweit anerkannte Neutralität erlaubt es der Schweiz bis heute, ihre guten Dienste in internationalen Konflikten zu erbringen.

Eine Annahme der Initiative würde die Schweiz sowohl aussenpolitisch als auch militärisch isolieren und sie in unverantwortlicher Weise gegenüber Bedrohungen unsicherer machen. Damit würde auch die bewaffnete Neutralität ausgehebelt, denn die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz beruht auf einer starken, lebensfähigen Rüstungsindustrie, die sowohl für das Inland wie auch für befreundete Nachbarstaaten produzieren kann.

Die FDP.Die Liberalen sagen ganz klar Nein zu dieser unsinnigen Initiative.

### 2. Volksinitiative „Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)“

**NEIN**

Die Vorlage will den Selbstversorgungsgrad der Schweiz von heute knapp 50 Prozent auf mind. 70 Prozent steigern, indem die Schweizer Landwirtschaft weniger tierische und mehr pflanzliche Lebensmittel produzieren soll. Zudem will sie Umwelt, Biodiversität und Trinkwasser besser schützen, indem weniger Pestizide und Dünger eingesetzt werden.

Der Bundesrat arbeitet bereits an der Revision vom Gewässerschutzgesetz. Das Massnahmenpaket zum besseren Schutz von Grundwasser, Seen und Flüssen sieht u.a. strengere Vorgaben für den Pestizideinsatz vor und soll bis Ende 2026 an das Parlament überwiesen werden.

Die FDP.Die Liberalen wie auch Bundesrat und Parlament lehnen die Ernährungsinitiative klar ab, denn ein solch massiver staatlicher Eingriff in die Lebensmittel-Produktion und in die Wahlfreiheit der Schweizer Konsumenten und Konsumentinnen ist unerwünscht.

Beim Bund würden beträchtliche Kosten in der Umsetzung entstehen, die Lebensmittelpreise würden steigen und dadurch auch der Einkaufstourismus.

## Ersatzwahl eines Mitglieds des Regierungsrats vom 18. Oktober 2026 für den Rest der Amtsperiode 2025/28

### Maja Riniker in den Regierungsrat!

Wählen Sie Maja Riniker, Nationalrätin (FDP) in den Regierungsrat, [www.maja-riniker.ch](http://www.maja-riniker.ch) als Nachfolge für unseren abtretenden Regierungsrat, Stephan Attiger.  
Wir danken herzlich für Ihre Stimme!

**Ihre FDP Bergdietikon – Die Wirtschaft sind wir alle. Werden Sie Mitglied!**